

Wider die Straflosigkeit

Die Grünen sollten neue Wege gehen, um internationales Recht zu stärken

Die Aufrechterhaltung und Stärkung internationalen Rechts sind grüne Kernwerte mit starker sicherheitspolitischer Relevanz. Schlagkräftige Instrumente, die Verstöße gegen das Völkerrecht politisch, juristisch und wirtschaftlich ahnden, sollten zentraler Bestandteil Grüner Außen- und Sicherheitspolitik sein. Dort, wo multilaterale Institutionen blockiert sind, sollten die Grünen sich für komplementäre Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene einsetzen. Dazu zählen u.a. Verfahren nach dem Weltrechtsprinzip, EU-Sanktionen und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Das Ziel, Instrumente gegen Straflosigkeit zu fördern und weiterzuentwickeln, sollte zudem im neuen Grundsatzprogramm der Grünen verankert werden.

Schlagworte: Internationales Recht, Accountability, Weltrechtsprinzip, Universelle Gerichtsbarkeit, Sanktionen, Impunity, Straflosigkeit, Völkerrecht, Gerechtigkeit

von Juliane Kabus

Kontext

Jene Institutionen, die auf internationaler Ebene Verstöße gegen das Völkerrecht ahnden sollen, können aufgrund politischer Blockaden dieser Aufgabe nicht mehr ausreichend nachkommen. Der Konflikt in Syrien ist dafür exemplarisch: obwohl dort seit mehr als neun Jahren täglich internationales Recht gebrochen wird, hat weder der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) noch der Internationale Strafgerichtshof entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen. Doch diese Rückkehr der Straflosigkeit ist nicht unausweichlich, denn auch auf regionaler und nationaler Ebene kann das Völkerrecht verteidigt werden.

Analyse

Die Aufrechterhaltung einer regelbasierten Ordnung auf Grundlage des Völkerrechts ist und bleibt für Deutschland historische Verpflichtung und sicherheitspolitisches Kerninteresse. Wenn das geopolitische Klima nun absehbar rauer wird, brauchen wir neue Instrumente, die diesem Ziel dienen. Auch abseits militärischer Mittel lassen sich damit für Deutschland strategische Einflussmöglichkeiten erschließen. Gerade die Grünen sollten das nutzen.

So hat man in Damaskus in den letzten Jahren wahrscheinlich selten so aufmerksam nach Deutschland geschaut wie jetzt, denn in Koblenz werden ehemalige Vertreter des Regimes zum ersten Mal für ihre Taten juristisch zur Verantwortung gezogen. Möglich macht dies das Weltrechtsprinzip, das es Deutschland

erlaubt, Kernverbrechen gegen das Völkerrecht selbst zu verfolgen. Das hat auch unmittelbare sicherheitspolitische Bedeutung: Damit es in Syrien nachhaltigen Frieden gegeben kann, braucht es ein Mindestmaß an Aufarbeitung, Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Versöhnung. Dazu trägt der Prozess in Koblenz bei. Darüber hinaus zeigt er deutlich, warum weitere Maßnahmen gegen das syrische Regime notwendig sind, denn die angeklagten Massengräueln haben System und dauern bis heute an.

Zu diesen weiteren Maßnahmen zählen auch Sanktionen, die im Rahmen der Europäischen Union (EU) zunehmend selbstbewusst zur Verteidigung des Völkerrechts eingesetzt werden. Als zweitgrößter Binnenmarkt der Welt kann dabei die EU erheblichen Druck ausüben. Um diesen noch gezielter zu nutzen, sollte sie endlich ihren Beschluss umsetzen, einen europäischen Magnitsky Act einzurichten. Dieser würde es der EU erlauben, Individuen und Organisationen unabhängig von anderen Sanktionsregimen für ihre mutmaßliche Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen zu sanktionieren.

Das wäre auch eine wichtige Weichenstellung im Zuge des Brexit: Eine enge Koordinierung mit Großbritannien im Sanktionsbereich ist in Brüssels Interesse, denn London verfügt über erhebliche polizeiliche und geheimdienstliche Expertise und Kapazitäten, die innerhalb der EU nicht ohne weiteres ersetzt werden können. Gleichzeitig hat Großbritannien bereits eigene Magnitsky-Sanktionen eingeführt und misst ihnen hohe außenpolitische Bedeutung zu. Ein

europäisches Äquivalent würde die Zusammenarbeit in diesem Bereich strukturell fördern und ein positives Signal über den Ärmelkanal senden.

Deutschland und Europa sollten aber auch ihre eigenen Kapazitäten im Sanktionsbereich und darüber hinaus stärken, um der wachsenden Bedeutung von nationalen und regionalen Maßnahmen gegen Straflosigkeit gerecht zu werden. Die Grünen sollten sich daher dafür einsetzen, dass Fachexpertise ausgebaut, Personalkapazitäten erhöht und die Koordination zwischen Innen- und Außenbehörden sowie den Geheimdiensten verbessert wird.

Einen weiteren Schwerpunkt sollten die Grünen auf den zivilgesellschaftlichen Bereich legen. Deutschland ist ein Zufluchtsort für Dissident*innen und Menschenrechtsaktivist*innen aus aller Welt geworden, die eine eigenständige, treibende Kraft bei der Dokumentation und Aufarbeitung von Völkerrechtsverletzungen darstellen. Die Grünen sollten sich dafür einsetzen, den Austausch mit diesen Akteur*innen zu stärken und ihre Arbeit finanziell und politisch zu unterstützen.

Literatur:

- >>> Bündnis 90 / Die Grünen, Grundsatzprogrammentwurf, 26.06.2020, https://cms.gruene.de/uploads/documents/202006_B90Gruene_Grundsatzprogramm_Entwurf.pdf
- >>> Patrick Wintour, „What is the future of the UN in the age of impunity?“, 23. Juli 2020, The Guardian, <https://www.theguardian.com/world/2020/jul/23/what-is-the-future-of-the-un-in-the-age-of-impunity>

Juliane Kabus, Munich Security Conference

Nicht zuletzt sollten die Grünen aber auch auf internationaler Ebene Handlungsfähigkeit fördern. Gute Ansätze

gibt es bereits: Im Fall von Syrien wurde etwa durch die VN-Generalversammlung der sogenannte *International, Impartial and Independent Mechanism* (IIIM) eingerichtet, der, ähnlich den deutschen Strukturverfahren, Beweise für spätere internationale, regionale oder nationale Prozesse sammelt. Solche Institutionen sollten Standard für jeden Kontext werden, in dem Massengräuertaten begangen werden, um Beweise zeitnah zu sichern, egal ob das Verfahren am Ende in Den Haag stattfindet oder eben in Koblenz.

Fazit

Der Entwurf für das neue grüne Grundsatzprogramm liegt richtig mit der Einschätzung: „Wenn multilaterale Prozesse in den Vereinten Nationen und der EU dauerhaft blockiert sind, braucht es im Sinne der Stärkung des internationalen Rechts und der internationalen Ordnung Vorreiter.“ Um diesen Satz mit Leben zu erfüllen, sollten die Grünen Maßnahmen gegen Straflosigkeit zu einem Kernbereich ihrer Außen- und Sicherheitspolitik machen.